

Essen – Lebenswert!

17.05.2026

Die Lebensqualität bemisst sich am Alltagsgeschehen. Gesicherte Versorgung, regelmäßige Abläufe, angenehme soziale Kontakte und eine sinnvolle Freizeitgestaltung tragen wesentlich zu einer guten Lebensqualität bei. Wichtigster Ort des Alltagslebens ist für die meisten Menschen die eigene Wohnung.

WOHNUNGSBAU

Die Forderung nach mehr und gleichzeitig günstigem Wohnraum lässt sich immer weniger erfüllen. Grundstücke für umfangreiche Mietwohnungs–Neubauten gibt es im Stadtgebiet nicht und die vorhandenen und unverzichtbaren Grünflächen und Außenbereiche sollten dafür nicht angefasst sondern erhalten werden. Erst recht nicht dürfen Leben und Gesundheit von Anwohnern in Gefahr gebracht werden um etwaigen Investorenwünschen nach billigem Bauland nachzugeben. Deshalb lehnt die AfD eine Umschichtung der als Schlammfeld bekannten Altlastenfläche in Karnap ab. Das Phänomen der in den 1990er Jahren massenweise verkauften und damals günstigen Werks- und Betriebswohnungen haben das Problem günstiger Wohnungen verschärft. Hinzu kommt die überbordende Fülle an Vorschriften und der Anspruch an Energieeffizienz, welche die Kosten für Neubauten und Renovierungen enorm verteuern. Darüber hinaus hat der Flüchtlingszustrom der letzten Jahre eine nicht mehr zu bewältigende Wohnungsnachfrage in unserer Stadt ausgelöst. Dieser Situation ist der Essener Wohnungsbau unterworfen und wird insbesondere durch private Bauherren getragen. Die Bauverwaltung hat darauf zu Gunsten der Bürger mit höherer Serviceorientierung und beschleunigter Antragsbearbeitung zu reagieren.

WIE HEIZEN WIR IN ZUKUNFT UNSERE WOHNUNGEN

Die geplanten Verpflichtungen, zukünftig Heizenergie aus überwiegend erneuerbaren Energien zu erzeugen, stellt sich als fast unlösbare Aufgabe für die Gesamtstadt dar, insbesondere für die Vielzahl der stadtprägenden Mehrfamilienhäuser. Neue noch in der Versuchs- oder Erprobungsphase befindliche Techniken zeigen bisher keine allgemeintauglichen Lösungen für die großräumige Heizungsversorgung von Mietshäusern. Eine geplante Fernwärmeversorgung ganzer Stadtteile mit Zwangsanschluss für Eigentümer und ohne freie Wahl des Energieanbieters lehnt die AfD ab. Letztlich muss die Entscheidungsfreiheit der Eigentümer und Nutzer über die Heizungsart gewahrt bleiben. Es darf kein Heizungsmonopol geben. Wenn ein Großteil der Fernwärme demnächst auch über Gasverbrennung erzeugt wird, fragt man sich, warum das Gasversorgungsnetz zurück gebaut werden soll und warum man die Gasversorgung einzelner Gebäude nicht beibehält.

WINDKRAFTANLAGEN

Die AfD ist kein Befürworter der ideologiegetriebenen Energiepolitik der GRÜNEN. Windkraftanlagen um jeden Preis und an jedem Ort unterstützen wir weder in Naturschutzgebieten noch in unserer Stadt. Anlagen mit dicht aufgestellter Konzentration von Windrädern haben viele Landschaften in unserem Land unansehnlich gemacht. Dies gilt es in Essen zu verhindern.

GRÜNFLÄCHEN UND LANDWIRTSCHAFT

Die Grünflächen der Stadt sind für die Bürger unverzichtbar. Eine großflächige Umwandlung von Waldgebieten, sowie Landwirtschafts- und anderen Grünflächen lehnt die AfD ab.

Landschaftsschutzgebiete dürfen nicht angetastet werden. Auch wenn die bäuerlichen Familienbetriebe nicht das prägende Merkmal einer Großstadt sind, erfüllen sie eine wichtige Funktion der Nahversorgung für die Bevölkerung. Als Bewahrer von Landwirtschafts- und Kulturlandschaft sind sie ein wichtiges Bindeglied zwischen den bebauten Wohn- und Industriegebieten einer Stadt und der Natur mit dem Effekt eines Naherholungsgebietes.

INVASIVE TIERARTEN IM STADTGEBIET

Zu den invasiven Tierarten zählen alle zugewanderten Arten, die nicht der heimischen Tierwelt zugeordnet werden können. Bedingt durch das Fehlen feindlicher Tierarten und einem weitgehend rasanten und ungestörten Anstieg der Populationen ist das natürliche Gleichgewicht bei diesen Arten nicht vorhanden. Neben dem Zurückdrängen heimischer Tierarten erzeugen z.B. Waschbären, Kanada- und Nilgänse unangenehme Begleiterscheinungen im städtischen Lebensraum. Wie die Beispiele in anderen Städten zeigen, sollte auch in Essen eine entsprechend Bejagung dieser Arten unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben möglich sein.

SPORT

Für viele Bürger ist der Sport wichtiger Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung. Die AfD unterstützt deshalb den Ausbau des Breiten-Behinderten- und Gesundheitssport genauso wie den Spitzensport als elementaren Bestandteil der Kommunalpolitik. Dies setzt eine permanente Erhaltung und den Ausbau der städtischen Sportinfrastruktur voraus, denn nur so können Schul-, Vereins-, Breiten- und Spitzensport in angemessener Weise ausgeübt werden. Die AfD hat sich mit Nachdruck für den Ausbau des Rot-Weiss-Stadions ausgesprochen. In den vergangenen Spielzeiten hat sich durch die Vielzahl der ausverkauften Spiele die derzeitige Zuschauerkapazität bereits als zu klein erwiesen. Eine Stadionerweiterung ist demnach die logische Entwicklung. Bei der Essener Bäderlandschaft zeichnen sich ebenfalls umfangreiche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen ab. Speziell aber beim Grugabad vertritt die AfD eine andere Meinung als die anderen Parteien. Wir sehen den dort bestehenden Denkmalschutz als kostentreibend und als Hindernis für neue Konzepte der gesamten Anlage.

KULTUR UND BRAUCHTUM

So wie für einen Teil der Bürger die Sportstätten und ihre Unterhaltung von der Stadt zur Verfügung gestellt werden, so haben für den anderen Teil der Bürger die kulturellen Spielstätten einen vergleichswisen Stellenwert in ihrer Freizeitgestaltung. Der musikalische Bereich, sowie die musikalische Ausbildung müssen als wesentlicher Bestandteil unserer Kulturtradition betrachtet werden. Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. Die AfD will die traditionellen Werte unserer Kultur pflegen und fördern. Das gilt ganz besonders für unsere Feste und Gebräuche. So treten wir z.B. einer Umbenennung eines Sankt-Martin-Umzuges in Lichterfest entschieden entgegen.

GRILLZONEN

Die Ausweisung von Grillzonen in der Stadt hat nicht nur positive Effekte ausgelöst. Die Rauch- und Geruchsbelästigung von Anwohnern ist in einigen Fällen nicht hinnehmbar. Hinzu kommt der Grilltourismus aus anderen Städten. Die Einrichtung von Grillzonen in städtischen Parkanlagen lehnt die AfD ab, soweit diese nicht ausschließlich der Unterbindung des wilden Grillens in den jeweiligen Bezirken dient.